



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/XII/76 - 1. April 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 470

Fernsprecher 24634-33

Fernschreiber 0886890

Zu den Drohungen mit Atomwaffen	S. 1
Der Gemeinsame Markt und die Gewerkschaften Nordafrikas	S. 3
Zur Regierungskrise in Saarbrücken	S. 4
Für fairen Wahlkampf	S. 7

Bannt den atomaren Selbstmord !

G.M. - Die Grossen der Welt sind vor Jahren ausgezogen, um den Faschismus niederzuschlagen. Nachdem ihnen dies gelungen war, trennten sie sich wieder und behaupteten nun, sie müssten sich voreinander schützen. Jetzt stehen sie sich drohend mit den furchtbarsten Waffen gegenüber, die jemals die Menschheit gekannt hat. Das Gespenst des atomaren Selbstmordes der Welt geht um.

In London tagt zur Zeit ein Unterausschuss der Vereinten Nationen und berät über die Abrüstung. Zur gleichen Zeit aber mehren sich in Ost und West die Warnungen vor einem Angriff und die Drohungen mit der Vergeltung. Jeder weiss, dass "Angriff" oder "Vergeltung" mit atomaren Waffen eine entsetzliche Katastrophe für die Menschheit bedeuten würde, und jeder weiss, dass kein militärischer Gewaltakt heute auch nur eines der Weltprobleme einer Lösung entgegenführen könnte.

Das ist der Tatbestand, vor dem die Menschheit steht und der alle Gutwilligen in der Welt zur äussersten Kraftanstrengung veranlassen sollte, um den Irrsinn des hektischen Wettrüstens zu beenden.

Es wäre sinnlos, in dieser Situation nach "Ursache" und "Wirkung" forschen zu wollen. Dass es Gegensätzlichkeiten zwischen Ost und West gibt, ist seit langem bekannt. Entscheidend ist jetzt, dass die Welt erkennt, wie falsch alle bisher angewandten Methoden waren, um diese Gegensätzlichkeiten auszugleichen. Die "Militärische Überlegenheit"

die vielleicht dem einen oder anderen Volk Sicherheit geben könnte, existiert nicht mehr, seitdem man weiss, dass die atomare Rüstung auf beiden Seiten gleichwertig sein dürfte. In den letzten drei Jahren hat die Entwicklung ferngesteuerter Atomraketen so riesenhafte Fortschritte gemacht, dass Angriff und Vergeltung nur noch Sekunden voneinander getrennt sind und die Sicherheit aller Völker im Bereich einer möglichen gewaltsamen Auseinandersetzung eine Utopie ist.

Wer das nicht begreift, wer weiterhin glaubt, das Heil der Welt, die Sicherheit seines Volkes mit der Fortsetzung der militärischen Blockpolitik gewährleisten zu können, lebt am Rande des Geschehens. Wer jetzt darauf verzichtet, neue Wege zur Überwindung des Ost-West-Konfliktes zu suchen und sie mutig zu beschreiten, ist allgemeingefährlich.

Eine Politik, die die Katastrophe vermeiden will, muss die geringste Möglichkeit zum Zustandekommen von Abrüstungsvereinbarungen wahrnehmen. Gewiss, niemand darf annehmen, dass die Berge des Misstrauens durch eine einzige Entscheidung von heute auf morgen abgebaut werden können. Es gibt aber - trotz aller Drohungen! - westliche und östliche Vorschläge zu mindestens begrenzten Abrüstungsabkommen, die auf beiden Seiten der Verhandlungspartner Aussicht auf Annahme haben. Da ist die grundsätzliche Übereinstimmung in den Fragen der atomaren Rüstungskontrolle, der gegenseitigen Kontrolle und des Stopps bei Atom- und Wasserstoffbombenversuchen. Da ist die bereits beiderseitig bekundete Bereitschaft, auch sogenannte konventionelle Rüstungen und Waffengattungen einzuschränken oder gar abzubauen. Schon der zum Ausdruck gebrachte Wille, diese in langwierigen Verhandlungen erarbeiteten Vorstellungen in die Tat umzusetzen oder darüber weiter zu verhandeln, würde ein hörbares Aufatmen in der ganzen Welt zur Folge haben.

Für die politische Praxis der Bundesrepublik bedeutet all' dies die notwendige Überarbeitung der bisher für Tabu gehaltenen Sicherheitsvorstellungen. Die Sicherheit des deutschen Volkes wird nicht durch die Beteiligung der deutschen Politik an der Verschärfung der Spannung zwischen Ost und West gewährleistet, sondern nur durch die aktive Teilnahme an einer Politik der Entspannung.

Nordafrikas Arbeiter organisieren sich

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Die Fülle der blutigen militärischen Auseinandersetzungen in Algerien, der politische Grosskampf zwischen Ägypten und den westeuropäischen Suezkanalinteressenten verdecken fast völlig die Emanzipationsbewegung der einheimischen Arbeiter in Nordafrika. Nur ganz gelegentlich, so als vor drei Jahren französische Nationalisten der Führer der tunesischen Gewerkschaftsbewegung, Farhad Hached, ermordeten, oder als im Juli 1956 der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) einen einheimischen algerischen Gewerkschaftsbund als Mitglied in seinen Reihen aufnahm, nahm die Tagespresse Notiz vom Bestehen einer nordafrikanischen Gewerkschaftsbewegung.

Und doch verdient diese Gewerkschaftsbewegung heute eine grössere Beachtung denn je. Einerseits berührt der beabsichtigte "Gemeinsame Markt" Marokko wie Tunesien und noch direkter Algerien. Auf der anderen Seite wird die algerische Gewerkschaftsbewegung hart von den kriegerischen Auseinandersetzungen im Lande betroffen: Eine Reihe ihrer Funktionäre sind in Konzentrationslagern, ihre Zeitschrift wird immer wieder verboten, das Versammlungsrecht ist eingeschränkt, jeder Streikversuch wird polizeilich verfolgt. Genau so ging es übrigens den tunesischen Gewerkschaften, bevor Paris diesem Lande die jetzige beschränkte Souveränität gewährte; und in Marokko konnten sich einheimische Gewerkschaften überhaupt erst bilden, nachdem Frankreich seine Herrschaft aufgegeben hatte.

Diese Leiden und dieses schwere Schicksal sind eine umso grössere historische Ungerechtigkeit, als es nicht zuletzt den Gewerkschaften zu verdanken ist, wenn die drei Länder in ihrem Ringen um die Freiheit nicht dem sowjetischen Imperialismus in die Klauen fielen. Denn sowohl in Tunesien wie in Marokko und Algier entwickelte sich die einheimische Gewerkschaftsbewegung im schärfsten Kampf gegen den Pariser kommunistischen Gewerkschaftsbund CGT. Dieser hatte in den seligen Zeiten der "Volksfront" und später im Schatten des Kriegsbündnisses Sowjetrussland mit den Westalliierten in ganz Französisch-Nordafrika - wie übrigens auch in den sonstigen afrikanischen Kolonien Frankreichs - kommunistische Gewerkschaften hochgepäpelt.

Die Ermordung Farhad Hacheds - die Mörder wurden bis jetzt

nicht gefunden - hat ihre besondere Tragik darin, dass gerade dieser Mann es war, der die tunesischen Gewerkschaften von den Kommunisten losgelöst hatte. Heute stehen in der antikommunistischen Gewerkschaftsfront rund 30 000 Arbeiter Marokkos, 48 000 Tunesier und 90 000 Algerier. Sie bekennen sich zur westeuropäischen, demokratischen Welt. Nicht nur den Kommunismus Moskaus, sondern auch die Versuche Kairo, eine besondere panarabische aggressive Gewerkschaftsfront zu bilden, lehnen sie ab.

Allerdings: sie wollen die Freiheit ihres Landes. In einem kürzlichen Interview mit dem Chefredakteur des IEPG, J.F. Aguirre, betonte der Generalsekretär des tunesischen Gewerkschaftsbundes, Ahmed Ben Salah:

"Der tunesische Gewerkschaftsbund setzt sich sowohl auf nationaler wie internationaler Ebene mit allen Mitteln dafür ein, dass dem algerischen Volk seine Freiheit gegeben und Algerien ebenfalls ein unabhängiges demokratisches Land wird."

Niemand sollte den nordafrikanischen Gewerkschaften dieses Recht, miteinander für die Freiheit ihrer Länder einzustehen, bestreiten. Statt die Gewerkschaftsführer in die Konzentrationslager zu senden, sollte man überlegen, ob nicht in ihren Reihen sich die Männer finden, die befähigt wären, die Brücke zum Frieden zu schlagen. Auch für den "Gemeinsamen Markt" dürfte ein freies, friedliches Dreistaaten-Nordafrika einen grösseren Wert besitzen als ein mißtrauisches, noch von der Fremdenlegion besetztes Marokko und Tunesien und ein unterjochtes Algerien.

* * *

Bonner Druck auf Saar-CDU

Von Friedrich Regitz, MdL

Vor einer Woche ist in Saarbrücken die von CDU und SPD getragene Minderheitsregierung des Ministerpräsidenten Dr. Wey zurückgetreten. Offizieller Anlass dafür war das Ausscheiden des parteilosen Finanzministers Professor Blind, der einen Lehrstuhl an der Frankfurter Universität annahm. Aber in der Hauptstadt des neuen Bundeslandes

Saar suchte man bereits vorher einen Weg, um die durch den Austritt der beiden Minister der DPS Dr. Schneiders unvollständige Regierung zu ergänzen und ihr eine parlamentarische Mehrheit zu geben. CDU und SPD verfügen im saarländischen Landtag über 24 von 50 Abgeordneten. Die von beiden Parteien getragene Regierung konnte nur bestehen, weil die Opposition von DPS und CVP in sich gespalten war und sich nicht zu einem Misstrauensvotum finden konnte.

Ausgangspunkt der Überlegungen zur Stabilisierung der Verhältnisse musste also das Bestreben sein, eine der Oppositionsparteien oder zumindest zwei ihrer Abgeordneten zur Teilnahme an der Koalition zu bewegen. Das ist jedoch bei der Kompliziertheit der innenpolitischen Verhältnisse an der Saar nicht einfach. Die Gegensätze aus der Zeit des Referendums zum Saarstatut sind noch zu stark, um zwischen Ja- und Nein-Sagern von damals eine echte politische Zusammenarbeit zu ermöglichen. Das sogenannte "christliche" Lager ist in CDU und CVP gespalten und alle Versuche, die Parteien zur Zusammenarbeit oder gar zur Fusion zu bewegen, sind bisher gescheitert.

Die DPS Dr. Schneiders hat durch ihren Austritt aus der früheren Drei-Parteien-Regierung zwischen CDU, SPD und DPS am 13. Dezember 1956 die Krise verursacht. Sie zog den Innenminister und den Staatskommissar für Wiederaufbau aus dem Kabinett Ney zurück, weil sie im Landtag der Beitrittserklärung zur Bundesrepublik ihre Zustimmung nicht geben wollte. Seit dieser Zeit treibt sie eine zwar unfruchtbare, aber auch hemmungslose Opposition um die Wahrung des sozialen Besitzstandes der Saarbevölkerung, der nach ihrer Auffassung bei der wirtschaftlichen Eingliederung der Saar in die Bundesrepublik gefährdet ist. Die Bundesregierung hat zweifellos unterlassen, bindende gesetzliche Zusagen an die Saarbevölkerung zu geben, aber die Mehrheit in Saarbrücken vertrat die Auffassung, dass man trotzdem den Beitritt zum Bund nicht von Bedingungen abhängig machen könne. Sie hat bisher in zahlreichen Verhandlungen mit Bonn manche der noch offenen Probleme der Angleichung an bundesdeutsche Verhältnisse lösen können.

Um eine Situation zu überwinden, in der eine in ihrer Aktionsfähigkeit

keit

1. April 1957

eingeschränkte Minderheitsregierung nicht genug Gewicht zur Lösung der Probleme besass, hat nun nach dem Rücktritt des Kabinetts die CDU den amtierenden Ministerpräsidenten Dr. Ney mit der Bildung eines Vier-Parteien-Kabinetts beauftragt. Die SPD-Saar hat als erste der angesprochenen Parteien ihre Beteiligung grundsätzlich zugesagt. Mit DPS und OVP wird es grössere Schwierigkeiten geben. Die DPS fordert von der CDU das Ausscheiden von Dr. Ney und des Wirtschaftsministers Dr. Brinkmann. Herr Schneider, der selbst Wirtschaftsminister werden will, hat ausserdem sachliche Bedingungen gestellt, die von keiner der anderen Parteien voll zu erfüllen sind, weil sie auf eine Rechtfertigung des Regierungsaustritts der DPS hinauslaufen.

Die OVP hat ihrerseits erklärt, sie wolle mit der DPS des Dr. Schneiders am liebsten überhaupt nicht in eine Regierung gehen. Bei ihr, deren Ehrenvorsitzender immer noch der ehemalige Ministerpräsident Johannes Hoffmann ist, spielt ausserdem die Lösung ihrer Zwangsehe mit dem Zentrum und das Fortschreiten der Verhandlungen mit der CSU um ein Wahlbündnis zur Bundestagswahl eine wesentliche Rolle.

Aus diesen Gründen räumt man in Saarbrücken der Vier-Parteien-Regierung wenig Chancen ein. Es gibt starke Gegensätze innerhalb der CDU und man behauptet, ihr Vorsitzender Dr. Ney sei nur mit der Regierungsbildung beauftragt worden, um ihn daran scheitern zu lassen. So wünschen es jedenfalls der Herr Bundeskanzler und die Bundesleitung der CDU, die Ney offenbar sein Nein zum Saarstatut nicht vergessen können. Von Bonn her machen sich starke Tendenzen zur Gleichschaltung der Saar-CDU bemerkbar. Man will nun vor der Bundestagswahl die "Christliche Einheit" zwischen CDU und OVP um jeden Preis. Deshalb wird man nach dem Scheitern der Bemühungen um die Bildung einer Vier-Parteien-Regierung zunächst abwarten müssen, wer in dem internen Machtkampf der CDU obsiegt. Erst dann besteht die Möglichkeit, eine andere Lösung der Regierungskrise zu suchen.

Eine notwendige Warnung

sp - Die Diffamierung politischer Gegner liegt der Sozialdemokratie fern. Sie verfügt über ein reichhaltiges Arsenal guter und überzeugender Argumente, sie hat den moralischen Tiefschlag nicht nötig. Unbestritten ist die Tatsache, dass nicht ein einziger bekannter Sozialdemokrat bei den bisherigen Wahlkämpfen in Konflikt mit den geltenden Gesetzen geriet, ganz im Gegensatz zum Bundeskanzler, dem bekanntlich ein Bonner Landgericht die Weiterverbreitung einer sich nachträglich erwiesenen Verleumdung untersagen musste. Es widerspricht dem Charakter dieser ältesten deutschen Partei, sich auf gleicher Ebene zu bewegen - es geht bei ihr um die Durchsetzung von Ideen und Vorstellungen, nicht um die moralische Vernichtung von Männern.

In der Vergangenheit ist der der Sozialdemokratie innewohnende ^{fairen} Zug zur Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner oft als Schwäche ausgelegt worden. Betonte Sachlichkeit kann freilich als Zeichen von mangelnder Durchschlagskraft gelten, wenn der politische Gegner sich nicht an die demokratischen Spielregeln hält und er zu Mitteln Zuflucht sucht, die schon nahe an die Bereiche des Kriminellen grenzen. Dazu gehört die Verletzung der Würde und des Ansehens im öffentlichen Leben stehender Männer und Frauen. Wenn eine Partei es zulässt, dass manche ihrer führenden Leute in den Sog der schmutzigsten Verdächtigungen hineingezerrt, gewissermassen zum Treibwild gestempelt worden, dann erweist sie sich und ihrer Sache den schlechtesten Dienst, lässt sie dies ungestraft geschehen.

Die Warnung Erich Ollenhauers kommt gerade zu gelegener Zeit. Die Sozialdemokratie wird in der Zukunft eine Diffamierung ihrer Vertrauens-träger mit ebenso harten Gegenschlägen beantworten. An Stoff und Material fehlt es ihr wahrlich nicht. Dies geht vor allem an die Adresse der CDU-Führungsschicht. Dies gerade jetzt auszusprechen, ist genügender Anlass vorhanden. Wenn die CDU fortfährt, ihre nur noch im Bundestag beherrschende Machtposition mit recht fragwürdigen und ehrverletzenden Methoden zu halten, dann wird sie Stürme auslösen, die über sie zusammenschlagen werden. Sollte ihr die Geschichte des Verlaufs der niederträchtigen Kampagne gegen einen Mann wie Herbert Wehner nicht eine heilsame Lehre sein? Hier holte sie sich eine moralische und politische Blamage. Möglicherweise war dies aber auch nur der Auftakt zu noch grösseren Niederträchtigkeiten. Aber sei dem, wie es sei: eine ihrer guten Sache sichere Sozialdemokratie wird jeder Niedertracht zu begegnen wissen.